

Staats- und Regierungschefs am 22. und 23. März 2005, sollten alle Reformoptionen auf dem Tisch bleiben. Die Beamten schlugen deshalb vor, Schröder solle Frankreichs Staatspräsident Chirac, den britischen Premier Blair und Spaniens Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero bitten, „entsprechend auf ihre Finanzminister und auf Premierminister Juncker einzuwirken“.

Nicht alle Finanzminister ließen sich einschüchtern, wohl aber Eichel. Gehorsam warb er jetzt im Kreis der Kollegen für die Berliner Pläne. In der Wahl seiner Verbündeten war er nicht zimperlich. „Für Deutschland, dessen Positionen von Bundesminister Eichel energisch vertreten wurden, zeichnet sich eine Minderheitsposition ab“, heißt es in einem weiteren Vermerk. Zusammen mit Frankreich, Italien und Griechenland stehe Deutschland gegen den Rest. Widerstand leisteten vor allem die sonst so treuen Verbündeten Niederlande und Österreich.

Beim Finanzministertreffen Anfang März spitzte sich die Auseinandersetzung zu. Eichel lief mit seinen Forderungen auf und verlegte sich mit Schützenhilfe der Verbündeten auf Drohungen. Unterstützt von Frankreich und Italien, machte er deutlich, „dass er nicht abschließen kann, da die deutschen Forderungen zur Reform des Defizitverfahrens so gut wie nicht berücksichtigt wurden“, wie es in einem Vermerk für das Bundeskabinett heißt.

Die Zeit drängte, das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs war für den 22. März vorgesehen. Zwei Tage zuvor kamen die Finanzminister noch einmal zu einem Sondertreffen zusammen. Angeführt von Deutschland, spielten die drei größten Euro-Staaten brachial ihre Macht aus. Die anderen kapitulierten. Schröder hatte endlich seinen Willen.

Die Einigung werde „allgemein als deutscher Erfolg gewertet, da Bundesminister Eichel einen Großteil unserer Forderungen durchsetzen konnte“, jubelten die Kanzleramtsmitarbeiter in einer Gipfel-Vorlage für Schröder.

„Wir haben den Stabilitätsanker des Paktes verstärkt“, rühmten sich Schröders Beamte, „in guten Zeiten wird mehr gespart, und die Nachhaltigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen wird stärker in den Vordergrund gerückt.“

Ein Irrtum, wie sich herausstellte. Fünf Jahre später geriet Griechenland in Schieflage, die Euro-Krise begann. Zwei Jahre danach einigten sich die Euro-Staaten auf den Fiskalpakt, der die Aufweichungen von 2005 zurücknimmt und die Vorgaben noch schärfer fasst als früher.

Vor kurzem billigte der Bundestag das neue Vertragswerk mit Zweidrittelmehrheit. Auch der Abgeordnete Frank-Walter Steinmeier, mittlerweile SPD-Fraktionschef, stimmte zu.

CHRISTIAN REIERMANN, KLAUS WIEGREFE



FOTOS: BETHEL FATH / DER SPIEGEL  
Gemeinde Schöllnstein: „Das ist nix life hier“

MIGRATION

## Das Dorf ist voll

Schöllnstein in Niederbayern: 61 Einheimische, 76 Asylbewerber.  
Die Flüchtlinge leben mittendrin – und doch nur am Rand.

**W**enn dem jungen Afghanen langweilig ist, fährt er in den Dschungel. Hossein nimmt sein Rad mit der kaputten Bremse und kurvt die Dorfstraße hinab Richtung Entweg. Vorbei an umzäunten Vorgärten, vorbei an ausladenden Holzbalkonen mit geschnitzten Inschriften. Eine lautet: „Ohne Fleiß kein Preis“.

Hossein ist oft langweilig. Seit acht Monaten lebt der 19-Jährige in einem Dorf am Rande des Bayerischen Walds. Das Dorf heißt Schöllnstein, die grünen Wiesen, Hügel und Bäume drum herum nennt Hossein „Dschungel“.

Der junge Mann mit den Narben an Schläfe und Handgelenken wartet auf den Ausgang seines Asylverfahrens. Bis dahin wird er in dem Heim für Asylbewerber leben, in dem Dorf ohne Kneipe, ohne Arzt, ohne Supermarkt. Es gibt ein Fleischerfachgeschäft auf Rädern, der Händler hält dienstags vor dem Kreuzifix in der Ortsmitte. Und es gibt einen Zigarettenautomaten, beim Kriegerdenkmal.

Hossein ist's egal, er hat kaum Geld. Flüchtlinge wie er erhalten in Bayern eine Unterkunft sowie Lebensmittelpakete und Kleidungs Gutscheine im Wert von 184,07 Euro, dazu ein Taschengeld von 40,90 Euro im Monat.

In dieser Woche entscheidet das Bundesverfassungsgericht darüber, ob Asylbewerbern mehr zusteht. Es ist ein wich-

tiges Urteil – für die Flüchtlinge und über die deutsche Gesellschaft, der das Gericht erklären wird, was Asylbewerbern in diesem Land zum Leben mindestens zusteht. Derzeit erhalten sie 40 Prozent weniger als Hartz-IV-Empfänger. Beobachter erwarten einen Richterspruch, der zu einer baldigen Gesetzesreform und zu höheren Zahlungen führen wird.

Hossein wäre froh über mehr Geld, wer wäre das nicht, aber egal wie das Karlsruher Urteil ausfällt, es werden wichtige Fragen bleiben: ob mehr Geld zwar angenehm, aber nicht entscheidend ist; ob sich die Gesellschaft der Verantwortung für die Menschen stellt, die hierhin geflohen sind; ob sie sich mit höheren Monatsätzen nur freikauf von der Verantwortung, den Asylbewerbern zu helfen.

Auf diese großen Fragen im kleinen Schöllnstein nach Antworten zu suchen ist spannend. Hier wohnen Asylbewerber nicht nur am Rande, sondern in der Mitte des Dorfes. Und sie sind nicht in der Minderheit, sondern in der Mehrheit: 76 Asylbewerber, 61 Einheimische.

Die Homepage von Schöllnstein erwähnt die Neuen nur in einer kurzen Mitteilung. Behörden und Bürger wirken überfordert damit, den Fremden eine Perspektive zu eröffnen, die über den Blick auf grüne Wiesen und grüne Bäume hinausgeht. Kontakt gibt es kaum. An Christi Himmelfahrt stand auf dem Vorplatz der



Afghane Hossein, Deutschstunde mit Lehrerin Wollinger: „Keine Pass, keiner Freundin, kein Laptop“

Feuerwehr eine Hüpfburg. Jede halbe Stunde gab es Schichtwechsel, die Lagerkinder und die Bayernbengel hüpfen abwechselnd.

Es seien einfach zu viele Flüchtlinge, sagen Schöllnsteiner. Sie fühlen sich überrollt. Auf die Flüchtlinge in seiner Gemeinde angesprochen, sagt Pfarrer Anton Pius Vollath: „Kein Kommentar.“ Es gebe einfach zu wenige Menschen, sagen Asylbewerber. Sie fühlen sich ausgegrenzt. „Das ist nix life hier“, sagt einer. Schöllnstein sei „like prison“, wie ein Gefängnis.

Die Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber liegt auf einem Hügel des Ortes, im ehemaligen Hotel zur Schönen Aussicht. Die Unterbringung in Sammelagern soll laut Bayerischer Asyldurchführungsverordnung „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“. Als im Juli 2010 die Asylbewerber in Schöllnstein einzogen, sprach der Regierungspräsident von Niederbayern, Heinz Grunwald, von „absoluter Notverwaltung“. Die Zahl der Asylsuchenden in dem Regierungsbezirk hat sich innerhalb der letzten drei Jahre verdoppelt.

„Es ist überall das Gleiche“, klagt der Regierungspräsident, „Bürger halten das Grundrecht auf Asyl nur so lange für eine gute Sache, bis einer auf die Idee kommt, in ihrem Vorgarten davon Gebrauch zu machen.“ Grunwald sieht die Schöllnsteiner in der Pflicht. Der Staat habe die Aufgabe, die Asylsuchenden anständig unterzubringen und zu ernähren, findet er. „Der Rest ist die Aufgabe von Ehrenamtlichen vor Ort.“

2011 stellten 45 741 Flüchtlinge in Deutschland einen Antrag auf Asyl. Das waren rund 11 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten kommen aus Afghanistan. Der Status eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention wurde vergangenes Jahr nur 11,1 Prozent aller Afghanen

zuerkannt. Die meisten bekommen eine Duldung, Alleinstehende dürften in Bayern die Gemeinschaftsunterkunft frühestens nach vier Jahren verlassen. Arbeiten dürfen sie nur, wenn kein Deutscher für den Job gefunden wird. In Schöllnstein kommt das einem Arbeitsverbot gleich.

Bildungsangebote hat der Staat für seine Bürger auf Zeit nicht vorgesehen. Dass es in Schöllnstein trotzdem einen kostenlosen Deutschkurs gibt, ist Anna Wollinger zu verdanken. Die Deutschlehrerin fährt zweimal die Woche aus dem Nachbardorf nach Schöllnstein, um ihre afghanischen Schüler zu unterrichten. „Ich habe keine Uhr“, spricht sie vor. Dann sind ihre Schüler dran. Die Asylbewerber haben „keine Pass“, „keiner Freundin“, „kein Laptop“.

Einer hat „keine Haare“. „Aber die richtige Grammatik“, sagt Wollinger und lacht.

Heimleiter Dieter Brunmeier verwaltet den Stillstand in Schöllnstein. Seine Amtsstube im Erdgeschoss der Asylbewerberunterkunft ist aufgeräumt, Jalousien versperren die Sicht in den Innenhof. Beschwerden von Einheimischen erreichen ihn meistens per Telefon. Vergangene Woche haben afghanische Jungs am Dorfbach auf dem Privatgrundstück einer Schöllnsteinerin gespielt.

Ein Willkommensfest, das der Regierungspräsident in Schöllnstein ausrichten wollte, lehnten die Einheimischen ab. Kein Interesse an neuen Freundschaften. „Heute sagst du Grüß Gott, und morgen sind die wieder weg“, sagt der Gruppenführer der Freiwilligen Feuerwehr des Dorfes, Hermann Zankl.

Dem gemütlichen Niederbayern gefällt es, wie er sagt, „am Oarsch der Welt“. Er kann nicht verstehen, warum er dafür verantwortlich sein soll, den Asylbewerbern die Langeweile zu vertreiben. Wo

doch die neuen Nachbarn den Alltag seiner Familie im Gegenzug eher erschweren.

Zankl wohnt in einem der hübsch renovierten Bauernhäuser von Schöllnstein am Fuße der Gemeinschaftsunterkunft. Sein Gartenzaun ist kaputt. Die Eltern von Asylbewerberkindern haben keine Haftpflichtversicherung, also wird der Schaden vorerst nicht repariert, sagt er.

Außerdem ist es laut. Die Musik von den Handys der afghanischen Jungs schallt herüber, im Sommer spielen sie bis zum Sonnenuntergang Fußball.

Andere Schöllnsteiner wissen ebenfalls Beschwerliches zu erzählen. Sie melden Kinder, die an der Türe um Geld oder ein Eis betteln. Geklaute Stifte und Mäppchen in der Grundschule. Schlägereien um das beste Fahrrad in der Unterkunft.

Dass es nicht immer einfach mit der Nachbarschaftshilfe ist, zeigt das Beispiel von Winfried und Ingrid Bergmann. Die zwei Rentner luden zwei Flüchtlinge mit deren Kindern auf ihren Bauernhof in der Nähe von Vilshofen ein. „Wir müssen einfach wieder teilen lernen, das Leid in der Welt ernst nehmen“, sagen sie. Am Ende standen nicht 2, sondern 15 Asylbewerber vor der Tür.

Als das Essen nicht ausreichte, pflückten die Afghanen das unreife Obst von den Bäumen, statt bei der Schur der Schafe zu helfen. Die Rentner sahen ihre Gastfreundschaft ausgenutzt, die Asylsuchenden ihre Arbeitskraft ausgebeutet.

Heimleiter Brunmeier hat 9 der 76 Asylsuchenden eine gemeinnützige Arbeit besorgen können. Für 1,05 Euro die Stunde mähen sie den Rasen, weißeln die Wände der Unterkunft oder arbeiten auf dem städtischen Bauhof. „Die sind zufriedener, und ich habe meine Ruhe“, sagt Brunmeier. „So soll es sein.“

ANNA KISTNER